

standpunkt

147

vpod  bern november 20



17.11.: HV mit VPOD-Präsidentin Prelicz-Huber 6

VPOD-Präsidentin und Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber, Gastreferentin an der Hauptversammlung des VPOD Bund und Kanton, spricht und diskutiert über die Folgen von Corona für die Arbeitswelt. Bitte anmelden.

Applaus reicht nicht: Ergebnis der VPOD-Spital-Umfrage 2, 3

900 Angestellte aus dem Gesundheitsbereich haben an der Umfrage teilgenommen: Gestärkt kann damit der VPOD ihre Forderungen in die Verhandlungen einbringen.

Wahlen in Bern, Langenthal, Burgdorf, Worb, Bolligen 4, 5

Der VPOD interviewte Franziska Teuscher, Michael Aebersold und Marieke Kruit und empfiehlt sie zur Wahl in den Berner Gemeinderat. Wählt auch in den Berner Stadtrat sowie bei den Wahlen in weiteren Gemeinden VPOD-GewerkschafterInnen.

Das sagt die Basis

Sechs Wochen lief die Umfrage, nun ist sie beendet. 900 Personen haben sie ausgefüllt. Die Meinungen zu den Arbeitsbedingungen sind dabei unterschiedlich ausgefallen.

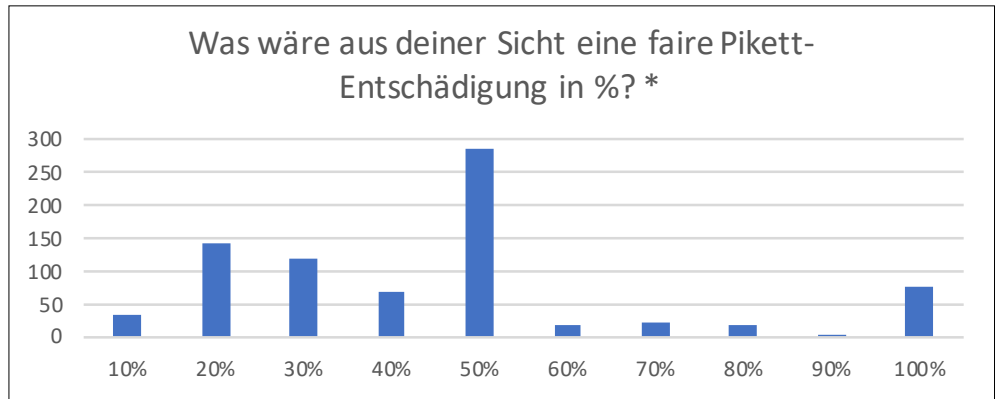
Teilgenommen haben verschiedenste Personen aus dem Gesundheitswesen. 70% arbeiten in einem Spital oder einer Psychiatrie. 16% arbeiten in einem Pflegeheim oder bei der Spitex. Unter den Übrigen sind sehr viele vom Rettungsdienst, Hebammen oder sonst Freischaffende. Wie zu erwarten war, sind 85% weiblich. Nur ein Drittel der Teilnehmenden arbeitet Vollzeit und nur gerade 7% möchten gerne mehr arbeiten als sie angestellt sind. Nur ein Drittel bezeichnet sich als Gewerkschaftsmitglied.

Erwartete Antworten

Nicht überraschend: 60% der Teilnehmenden waren mit dem Einstiegslohn nicht zufrieden. Und mit dem aktuellen Lohn sind es sogar 77%. Besonders stossend: bei mehr als 6% der Teilnehmenden hat sich der ausbezahlte Lohn in den letzten fünf Jahren verkleinert! Und 57% geben an, dass sie eigentlich mehr Gehalt für ihre Stellenprozente benötigen würden, um ihr Leben zu finanzieren.

...und unerwartete Antworten

Sowohl bei den Wochenend- und Nachtzulagen, wie auch bei den Pikett- Zulagen hat die grosse Mehrheit Nachholbedarf angegeben. Und zwar sowohl in der Höhe der Frankenbeträge pro



*Pikettdienste sind zurzeit mit 3.– Fr./ Std. und effektiv geleisteter Arbeitszeit abgegolten.

Stunde, wie auch in der zusätzlich angerechneten Zeit. Erstaunlicherweise hat aber ebenfalls die grosse Mehrheit bei allem zwar deutlich mehr aber nicht das höchst Mögliche angegeben.

Knackpunkt Vereinbarkeit und Rentenalter

Mehr als dreiviertel der Teilnehmenden fühlen sich durch die Überlastung nicht mehr so flexibel wie auch schon und 80% stimmen mit der These überein, dass 80% das neue 100% ist.

Zwei Drittel der Teilnehmenden denken, dass im Gesundheitswesen das Rentenalter 60 eingeführt werden sollte. Fast alle möchten vorzeitig in Rente gehen. Nur knapp 11% möchten das nicht. Allerdings denken nur 7%, dass sie ihren Lebensstandard mit ihrer Rente halten können. Bedenklich:



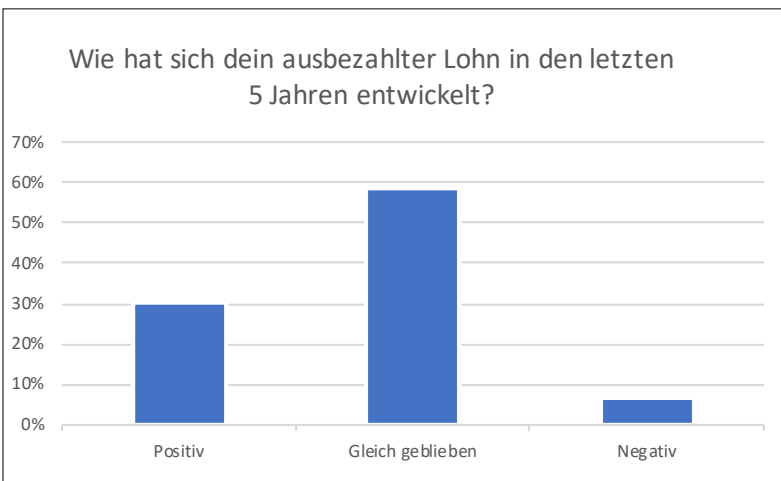
Ein Drittel weiss schlicht nicht, wie ihre Rente aussehen wird und 12% sagen nichts dazu.

Das Ding mit der Planung

Bei der Verbesserung der Vereinbarkeit gibt es eine eindruckliche Forderung: fast 56% der Teilnehmenden geben an, dass sie Mitsprache bei der Planung erhalten möchten. Das heisst im Umkehrschluss: fast 60% haben keine Mitsprache obwohl sie sie gerne hätten!

Covid19: Minusstunden, Material, Krankheitsfälle

Was uns sicher zurzeit weiter begleitet sind die Covid19 Probleme. Jetzt, in der zweiten Welle ist die Frage der Minusstunden noch nicht geklärt. Obwohl die meisten Spitäler und Kliniken im Kanton Bern eine Lösung gefunden



haben, finden es in der Umfrage die Mehrheit nicht fair, wie die Betriebe mit den Minusstunden umgehen. Wenn die Betriebe nicht fair agiert haben in der Vergangenheit, wird das Personal nicht bereit sein, erneut derart flexibel zu sein bei der Arbeitsplanung und beim kurzfristigen Einspringen oder Absagen.

Immerhin hat die Mehrheit der Teilnehmenden genügend Schutzmaterial zur Verfügung.

Nicht aussagekräftig konnte die Frage nach Covid19-Fällen im Team beantwortet werden. Die Datenlage lässt keinen Rückschluss darauf zu, weil die Arbeitsplätze nicht im Detail erfragt wurden. Offenbar kennen aber doch einige Kolleginnen im Team, die an Covid19 erkrankt waren.

Das sind unsere nächsten Schritte

Die Lohnverhandlungen mit den Berner Spitäler und Kliniken haben gerade begonnen. Themen aus der Umfrage haben wir als mögliche Forderungen diskutiert und sind auch mit eingeflossen. Weil die Verhandlungen andauern, lieben noch keine konkreten Ergebnisse vor.

Aber es gibt auch Forderungen, die andernorts eingebracht werden müssen: Wer erstellt die Dienstpläne der Stationen? Hier könnte in jedem Betrieb, auf jeder Station eine eigene partizipative Lösung gesucht und hoffentlich auch gefunden werden. Dies wird der VPOD auf Betriebsebene einfließen lassen.

Auf nationaler Ebene muss nun das Rentenalter 60 im Gesundheitswesen ins Auge gefasst und mögliche Szenarien aufgezeigt werden. Hier muss natürlich die Arbeitnehmendenbeteiligung angeschaut werden. Mit unserem Personalmangel und der hohen Ausstiegsrate im Gesundheitswesen ist es aber höchste Zeit hier die Berufsattraktivität zu steigern!

Diese Themen behalten wir im Auge

Die Frage der Gehälter bleibt dem ewigen Spardruck ausgesetzt. Sowohl die Kantone, wie auch der



Bund sind hier mächtige Player. Das Abgeltungssystem mit den Fallpauschalen schränkt die Autonomie der Kantone, in ihr Gesundheitssystem zu investieren, ein. Und auch der Druck der Prämienszahlenden ist gross. Ein faires Gesundheitssystem für alle kostet. Wer etwas anderes behauptet, lügt. Das hält uns aber nicht von Forderungen in den Lohnverhandlungen ab. Denn der Druck auf

das Gesundheitswesen darf nicht einfach auf das Personal weitergegeben werden!

Sicher muss auch das Arbeitsgesetz weiter gültig bleiben und der Gesundheitsschutz muss gewährleistet bleiben. Nur gesundes Personal bleibt im Beruf und kann sich einsetzen für die Bevölkerung.

Meret Schindler



Kita ist kein Kinderspiel

Azi. Nun ist klar, dass die zweite Lesung des Gesetzes, das die Betreuungsgutscheine regelt (SLG), erst im März im Grossen Rat stattfindet. In der ersten Lesung in der Herbstsession wurde eine Verpflichtung der Kitas zu einem Gesamtarbeitsvertrag abgelehnt. Der VPOD wird in den kommenden Monaten mit den Parteien und weiteren Partnern Gespräche führen und ein allfälliges Referendum prüfen.

Es bleibt aber auch Zeit, um Aktionen vorzubereiten und die Kita-Kerngruppe trifft sich weiterhin. Wer Lust hat, in der Gruppe mitzumachen oder sich an einer Aktion zu beteiligen, soll sich bitte per Mail bei angela.zihler@vpodbern.ch melden.

Auch eine Weiterbildung findet statt: «Gute Anstellungsbedingung und faire Löhne: Wie erreichen wir das in den Kitas?» Christine Flitner, Zentralsekretärin VPOD, berichtet, was in anderen Regionen läuft und wie ein Gesamtarbeitsvertrag funktioniert. Die Veranstaltung findet am Dienstag, 24. November 2020, 19-21 Uhr statt. Sie steht allen Interessierten offen und findet in Bern statt. Eine Anmeldung ist erforderlich, damit ein entsprechender Raum reserviert werden kann (Frist: 17. November 2020).

Bern: Weiter rot-grün-gewerkschaftlich

Der VPOD empfiehlt seine drei Mitglieder zur Wahl in den Gemeinderat der Stadt Bern. Standpunkt stellte allen dieselben drei Fragen rings um Löhne, Schulen und ihre Prioritäten.

- 1 Die städtischen Finanzen sind unter Druck. Soll beim Personal gespart werden oder besteht Spielraum für überfällige generelle Lohnmassnahmen?
- 2 Die SchülerInnenzahlen nehmen zu, Tagesschulen werden ausgebaut. In Frage gestellt ist die Qualität. Wofür setzen Sie sich ein?
- 3 Wofür wollen Sie sich in der nächsten Legislatur besonders engagieren, wenn Sie in den Gemeinderat gewählt werden?



Franziska Teuscher

1 Die Stadt muss eine attraktive Arbeitgeberin bleiben, nur dank motivierten Mitarbeitenden ist ein guter Service public garantiert. Ich lehne Sparmassnahmen auf dem Buckel des Personals ab. Der Stadtrat hat die 3 zusätzlichen Ferientagen abgesichert. Ich bin überzeugt, dass wir sozialpartnerschaftlich gute Lösungen finden, um die Sparvorgaben des Gemeinderats umzusetzen.

2 Die Qualität ist nicht in Frage gestellt, im Gegenteil. Mein Engagement gilt auch in Zukunft einer guten Betreuung für alle Kinder. Ich möchte die Ganztageschulen,

wo Bildung und Betreuung immer mehr zusammenwachsen, ausbauen. Zudem ist es mir gelungen, die «Kopfprämie» für die Mahlzeiten in Kitas und Tagesschulen einkommensabhängig auszugestalten.

3 «Soziale Gerechtigkeit, gleiche Chancen für alle und konsequenter Klimaschutz geben Bern eine starke Zukunft». An meinem Wahlslogan werde ich mich messen lassen. Mit Ganztageschulen, Nachbarschaftshilfe, bezahlbaren Wohnungen, Jugendtreffs und Sportanlagen will ich unsere Quartiere zum Lebensmittelpunkt aller machen.



Michael Aebersold

1 Die Finanzen sind angespannt, der Gemeinderat hat ein Sparprogramm in Auftrag gegeben. Dabei gelten wichtige personalpolitische Grundsätze: 1) Die Umsetzung soll ohne Entlassungen bzw. durch natürliche Fluktuationen erfolgen, 2) kein Personalabbau ohne Leistungsabbau, 3) die Anstellungsbedingungen bleiben konkurrenzfähig und 4) bei Entlassungen gibt es einen Sozialplan. Für Lohn erhöhungen ist der Handlungsspielraum im Moment sehr eng. Immerhin gibt es weiterhin drei zusätzliche Ferientage.

2 Dass die Stadt wächst, ist ein Erfolg unserer linken, urbanen Politik. Bern ist

attraktiv, Familien kehren zurück. Wir wollen genügend Schulraum zur Verfügung stellen und die Kinderbetreuung, bspw. Ganztageschulen, ausbauen. Dies mit gleichbleibend hoher Qualität. Geprüft werden kann und muss der Ausbaustandard bei Schul- und Sportanlagen.

3 Ausreichend günstiger Wohnraum, solide Finanzen und Investitionen für eine hohe Lebensqualität sind meine Ziele. Als oberster Personalchef setze ich mich für Diversität und faire Arbeitsbedingungen ein.



Marieke Kruit

1 Dass Bern eine so attraktive, gut funktionierende Stadt ist, hat sie ganz wesentlich ihrem Personal zu verdanken. Es ist kompetent und arbeitet trotz unzähligen Sparrunden in den letzten Jahrzehnten motiviert und effizient. Das städtische Personal hätte längst eine Lohnhöhung verdient und nicht nur drei zusätzlich Ferientage.

2 Wir müssen bei den anstehenden Schulaussanierungen genau überprüfen, was wirklich nötig ist. Damit genug Geld bleibt für die Menschen, die dort arbeiten. Von ihnen hängt die Qualität der Schule vor

allem ab. Wir müssen mehr in Menschen investieren und weniger in Beton.

3 Wir haben in den letzten Jahren den bezahlbaren Wohnraum gefördert. Die Stadt betreibt heute zusammen mit den Genossenschaften eine aktive Wohnpolitik. Hier müssen wir weitermachen und dafür sorgen, dass Energiesanierungen vorgenommen werden, aber die Kosten nicht einfach auf die Mietenden überwältigt werden. Wir müssen die ganze Stadt und die ganze Gesellschaft in den Blick nehmen, nicht nur die Bessergestellten und die Fitten.

VPOD-GewerkschafterInnen wählen

Neben den Gemeinderatswahlen (siehe Interviews) finden in Bern auch Wahlen für den Stadtrat sowie Wahlen in weiteren Gemeinden statt. Hier die Wahlempfehlungen des VPOD.

Stadtrat Bern

Liste 11, Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften (SP)

Ueli Fuchs, Automechaniker, Anlagenmanager FS+SA, bisher

Bernadette Häfliger, Rechtsanwältin, Abteilungsleiterin Gesundheitsberufe BAG, bisher

Nadja Kehrli, Sozialarbeiterin in der KG Nydegg, bisher

Marieke Kruit, Psychotherapeutin, Leitende Psychologin, bisher

Szabolcs Mihályi, Politologe, bisher

Edith Siegenthaler, Leiterin Geschäftsstelle EFS, Historikerin Dr. phil., bisher

Bettina Stüssi, Hotelière HF, Sachbearbeiterin Movendo, bisher

Valentina Achermann, Mitarbeiterin Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz, Studentin Psychologie

Emanuel Amrein, lic. phil. Generalsekretär Direktion Bildung, Kultur und Sport Stadt Biel

Nicole Cornu, Berufsbildnerin und Jugendberaterin

Dominik Fitze, Gewerkschaftssekretär

Jean-Luc Froidevaux, Projektleiter lic.rer.soc.

Alina Irene Murano, Juristin, in Ausbildung zur Anwältin

Sara Schmid, Politologin, stv. Leiterin Sozialpolitik bei Procap Schweiz

Nicole Silvestri, Historikerin, Kampagnenleiterin SUB

Chandru Somasundaram, Historiker

Lukas Wegmüller, MA European Studies, Generalsekretär Nebs

Liste 16, Partei der Arbeit Bern (PdA)

Carolina Aragon, Sozialarbeiterin

Liste 22, Jungsozialist*innen (JUSO)

Frédéric Mader, Student Zeitgeschichte&Umweltrecht

Kristina Schüpbach, Oekonomin SGB

Paula Zysset, Studentin Geschichte

Liste 24, Grünalternative Partei (GaP)

Simone Machado, Landwirtin, Juristin, Sozialarbeiterin i. A., bisher

Liste 28, Grünes Bündnis und Gewerkschafter_innen

Ursina Anderegg, wiss. Mitarbeiterin Gleichstellung Uni Bern, bisher

Regula Bühlmann, Zentralsekretärin SGB, bisher

Rahel Ruch, Kampagnenleiterin

Konzernverantwortungsinitiative, bisher

Johannes Künzler, Germanist, Gymnasiallehrer

Cyrrill Bolliger, Ingenieur, Schreiner



Barbara Zimmermann, Soziologin

Christof Steinmann, Dozent HSLU Design und Kunst

Vanessa Salamanca, Kommunikation/Kampagnenleiterin

Seiler Borja Cerón Siméon Morgain, MA Sozialanthropologie/Assistent SGB

Esther Meier, Geschäftsführerin GRÜNE Kanton Bern

Langenthal

Gemeinderat Liste 1 SP und Grüne, Stadtpräsidium

Reto Müller, Gemeinderat und Stadtpräsident, bisher



Reto Müller

Burgdorf

Stadtrat Liste 4, Grüne

Susanne Bosshard, Seklehrerin / Co-Präsidentin Grüne Burgdorf

Ralph Marthaler, Sozialarbeiter / Co-Präsident Grüne Burgdorf

Renata Tschanz, Verwaltungsangestellte

Worb

Grosser Gemeinderat Liste 4, SP + Grüne

Myriam Gerber-Maillefer, Expertin Pflege Onkologie

Heidi Mosimann, Sozialarbeiterin

Bolligen (8. 11.)

Gemeinderat Liste 4, Sozialdemokratische Partei

Zysset Thomas, Sozialarbeiter FH (pens), bisher

Corona und die Folgen für die Arbeitswelt

Mit und nach Corona ist nichts mehr wie vorher. Der Virus bestimmt unser Leben – privat wie beruflich. Das war in den letzten Monaten so. Und wird wohl noch Monate so bleiben. Auch wegen Corona bitten wir dich um eine Anmeldung für die HV (es gilt Maskenpflicht) und verzichten auf ein Apéro.

Seit Beginn dieses Jahres dominiert der Corona-Virus die Schlagzeilen der Medien. Der Virus beeinflusst unseren Alltag, privat wie beruflich: Angst vor Ansteckung, Zuhause bleiben oder nicht, Homeoffice, Hände waschen, Masken tragen, Grossanlässe gestrichen, Lockdown, Unterricht und Sitzungen via Bildschirm, Kurzarbeit, Kredite für Firmen, Konkurs von Restaurants, Bars und Kleinunternehmen. Besonders betroffen von den Folgen der Pandemie waren in der ersten Zeit die sogenannten «systemrelevanten» Betriebe: Kitas, Spitäler, Detailhandel. Alles Betriebe des Service public. Und damit auch alle Menschen, die in diesen Bereichen arbeiten. Welche Folgen haben diese Erfahrungen auf die Arbeitsbedingungen von Betreuerinnen der Kitas, für das Pflegepersonal, die Verkäuferin? Mit welchen wirtschaftlichen Folgen müssen wir mittel- und langfristig rechnen?

Zu diesen Fragen – und vielen mehr – wird uns Katharina Prelicz, Präsidentin des VPOD Schweiz, einen Input geben.



Einladung zur Hauptversammlung 2020

Dienstag, 17. November, PROGR, Saal Kleine Bühne,
1. Stock, Waisenhausplatz 30, Bern
(Eingang Waisenhausplatz benutzen)

17.30 Uhr «Corona und die Folgen für die Arbeitswelt»

Referat und Diskussion mit VPOD-Präsidentin und Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber

18.00 Uhr Traktanden statutarischer Teil

1. Protokoll der HV vom 28. Mai 2019
2. Jahresbericht 2019 und Ausblick 2020/21
3. Wahl Präsidien und Sektionsvorstände Bund und Kanton
4. Wahlen Delegierte GKB und GSB
5. Information Rechnung 2019, Budget 2020 und Aussichten 2021
6. Anträge
7. Verschiedenes

Anträge für die HV bitte bis Donnerstag, 12. November 2020 im Sekretariat einreichen.

Bitte bis 12. November anmelden für die HV
(info@vpodbern.ch, 031 371 67 45).

Convocation à l'Assemblée générale 2020

Mardi, 17 novembre, PROGR, salle Kleine Bühne au
1^{er} étage, Waisenhausplatz 30, Bern
(entrée par la coté Waisenhausplatz)

17h30 « Covid-19 et les conséquences pour le monde du travail »

Présentation et discussion avec Katharina Prelicz-Huber,
présidente du SSP et conseillère nationale

18h Ordre du jour, partie statutaire

1. Procès-verbal de l'AG du 28 mai 2019
2. Rapport annuel de 2019 et perspectives en 2020/21
3. Élections de la présidence et du comité et des sections Canton et Confédération
4. Élections des délégué-e-s GKB et GSB
5. Information sur les comptes 2019, le budget 2020 et les perspectives 2021
6. Propositions
7. Divers

Prière de remettre au secrétariat les propositions à l'AG d'ici au jeudi, 12 novembre 2020 et **de vous inscrire à l'AG avant le 12 novembre** (info@vpodbern.ch, 031 371 67 45).

Sozialpartnerschaft quo vadis

Für 2020-2023 haben die Sozialpartner des Bundes die Zusammenarbeit und personalpolitische Stossrichtungen definiert.

News vom Bund

Bis 6.11 DV Publica wählen

Der VPOD ruft alle aktiv versicherten der Pensionskasse Publica auf, die gewerkschaftliche Liste «IG Bundespersonal» und insbesondere die sechs KandidatInnen des VPOD zu wählen: Chheng Rithy, Hämmerli-Weschke Rita, Haueter Monika, Herren Michael, Kocher Ralf und Krebs Martin. Mehr dazu auf wahlendvpublica.ch.

Besitzstandgarantie ist bedroht

Bei unverschuldeter Reduktion der Lohnklasse haben Bundesangestellte aktuell ab 55 Jahren einen Lohnschutz. Das Eidg. Personalamt will diesen nun massiv einschränken. Der VPOD hat deshalb eine Aussprache mit Bundesrat Maurer verlangt, die am 26.11. stattfinden wird.

Verbesserung für die Reinigung

Für das Reinigungspersonal beim Bund gilt eine spezielle Regelung mit geringerer Lohnentwicklung als beim übrigen Bundespersonal. Im Rahmen einer Verordnungsanpassung konnte der VPOD nun erreichen, dass dieser Betrag erhöht und in Zukunft der Lohnentwicklung angepasst wird: Bei Beurteilung 3 wird der Lohn um 1.5% des Maximums der Lohnklasse 1 erhöht.

Alle vier Jahre wird beim Bund ein «Mini-GAV» ausgehandelt. Darin wird z.B. definiert, dass jährlich drei ordentliche Lohnverhandlungen mit dem Finanzvorsteher stattfinden. Mehr zu diskutieren geben personalpolitische Themen. So wollte der VPOD festhalten, dass deutlich mehr in die Bildung insbesondere bei unteren und mittleren Lohnklassen investiert wird. Deutlich mehr investiert werden soll und Bildung soll allen offenstehen, ist nun festgehalten. Einen individuellen Anspruch auf Weiterbildungstage konnte der VPOD nicht durchsetzen, aber immerhin haben alle Angestellten einen periodischen Anspruch auf eine Standortbestimmung. Dass es keine grundsätzliche Änderung des Lohnsystems gibt, konnten die Personalverbände nicht durchsetzen,



Themen der Verhandlungen mit Bundesrat Maurer am 26.11. sind Lohn, Absichtserklärung, Besitzstandgarantie und Vaterschaftsurlaub

aber Rahmenbedingungen für den Fall einer Anpassung sind festgehalten. Zudem wird eine Reallohnerhöhung angestrebt und die Rentenhöhe soll erhalten bleiben. Die Absichtserklärung soll am 26.11. an der Verhandlung mit Bundesrat Maurer unterzeichnet werden.

Anmeldung – Mitgliedschaft – Bestellungen

Talon

Anmeldung und Bestellungen auch an: info@vpodbern.ch

- Ich melde mich an für die HV VPOD Bern Kanto und Bund vom Dienstag, 17. November 2020 17.30–19.00 Uhr mit VPOD-Präsidentin Prelicz-Huber an (bis 12.11. anmelden)
- Ich melde mich für die Weiterbildung zu Kita-Anstellungsbedingungen vom 24. November 2020 19.00–21.00 Uhr an (bis 17.11. anmelden)
- Ich bestelle zum Verteilen:
_____ deutsch _____ französisch
- Der VPOD interessiert mich. Schickt mir bitte Informationsmaterial.
- Ich möchte dem VPOD beitreten.

Name, Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-mail _____

Beruf _____

Arbeitsort _____

Einsenden an: VPOD Bern, Sekretariat, Monbijoustrasse 61, 3007 Bern

Telefon 031 371 67 45, E-mail: info@vpodbern.ch

Impressum

Verband des Personal
öffentlicher Dienste

VPOD Bern Kanton und

VPOD Bern Bundespersonal

Redaktion: Christof Jakob

Gestaltung: Trans-Form

Druck: Bubenber Druck- und Verlags-AG

Veranstaltungen

16. November: Gruppe PZM

Offenes Treffen der VPOD Gruppe im Psychiatriezentrum Münsingen.

Montag, 16. November 12.15-13.00 Uhr Im PZM-Haus 3, 2. OG Zimmer 220.

17. November: Hauptversammlung VPOD Kanton und Bund mit VPOD-Präsidentin Prelicz-Huber

Details siehe Seite 6.

Dienstag, 17. November: 17.30 Uhr HV VPOD Bern Kanton und VPOD Bern Bund, Referat und Diskussion mit VPOD-Präsidentin und Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber. 18.30 Uhr kleines Apéro. PROGR Bern (Eingang Seite Waisenhausplatz). Coronabedingt bitten wir dich um eine **Anmeldung für die HV bis 12. November** (info@vpodbern.ch, 031 371 67 45).

18. November: Gruppe UPD

Treffen des VPOD für Angestellte der Universitären Psychiatrischen Dienste.

Mittwoch, 18. November, 17.30–19.00 Uhr im Sitzungszimmer VPOD, 2. Stock Monbijoustr. 61, Bern

24. November: Kita-Anstellungsbedingungen

Weiterbildung «Gute Anstellungsbedingung und faire Löhne: Wie erreichen wir das in den Kitas?» Christine Flitner, Zentralsekretärin VPOD, berichtet, was in anderen Regionen läuft und wie ein Gesamtarbeitsvertrag funktioniert.

Dienstag, 24. November 2020, 19-21 Uhr in Bern. Eine Anmeldung ist erforderlich, damit ein entsprechender Raum reserviert werden kann (Frist: 17. November 2020). Die Veranstaltung steht allen Interessierten offen.

29. November: Abstimmungen und Wahlen

Nicht verpassen: Ja zur Konzernverantwortungsinitiative (siehe unten) und VPOD wählen bei den Wahlen in Bern und weiteren Gemeinden (siehe Seiten 4 und 5).

16. Dezember: Gruppe Insel

Treffen des VPOD für Angestellte der Insel-Gruppe. Mittwoch, 16. Dezember 17.00–18.15 Uhr im Kinderspital, Bibliothek 217

Aktuelle Infos zu den Terminen auf www.bern.vpod.ch

Aktuell

■ Ja zur Konzernverantwortung am 29. November

Cja. Wer Menschenrechte verletzt oder die Umwelt verschmutzt, muss dafür gerade stehen: Die meisten Schweizer Firmen, die im Ausland tätig sind, respektieren die Menschenrechte und Umweltstandards. Doch es gibt auch andere: Glencore versucht Flüsse im Kongo und vergiftet die Luft in Sambia. Syngenta verkauft Pestizide, die bei uns schon lange verboten sind, weil sie die Menschen schwer krank machen können und die Umwelt massiv belasten. Metalor bezog Gold aus einer Mine in Peru, dessen Abbau Mensch und Umwelt mit Quecksilber belastet. In Nigeria betreibt der Schweizer Konzern LafargeHolcim eine Zementfabrik. Überall ist Zementstaub: auf den Dächern, in den Räumen, auf den Feldern. Ärzte berichten, dass die Menschen Schäden an Leber, Lungen und Milz davontragen. Die Konzernverantwortungsinitiative will solchen Geschäftspraktiken einen Riegel schieben.

Die InitiantInnen wollen fehlbare Schweizer Konzerne weltweit zur Verantwortung ziehen bzw. haftbar machen für begangene Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung. Die Schweiz ist Sitz zahlreicher multinationaler Konzerne. Nicht alle respektieren bei ihren Tätigkeiten im Ausland die Menschenrechte und Umweltstandards. Diese können bis heute leider nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Das will die Konzernverantwortungsinitiative ändern. Wer einen Schaden anrichtet, soll dafür gerade stehen, auch im Ausland. Die Konzernverantwortungsinitiative wird von einem beispiellos breiten Verein getragen. Er besteht aus über 130 Hilfswerken, Frauen-, Menschenrechts- und Umweltorganisationen, kirchlichen, genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Vereinigungen sowie Aktionärsverbänden.

Der VPOD empfiehlt ein Ja zur Konzernverantwortungsinitiative am 29. November.